



www.nabis.de

Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e.V.

.....Oktober 2015

Nord-Süd Bahn-Verlängerung verhindern!

Eine bislang nicht funktionierende U-Bahn, deren Sinn völlig fraglich ist, soll ab Winter 2015/16 mit viel Geld und unter Erzeugung von drastischen (Folge)Schäden über die Bonner Straße verlängert werden! Tut das not?

Die Verlängerung Nord-Süd-Bahn, von der Marktstraße bis zum Bonner Verteiler, führt bei der jetzigen Planung zu einer völligen Verwüstung der Bonner Straße und einer Verschlechterung der Verkehrssituation in den angrenzenden Stadtteilen! Die Bezirksregierung muss nun für die Erteilung der Genehmigung Vorteile und Nachteile des ganzen Bau-Projekts abwägen!

- **Alle Bäume** entlang der Bonner Straße zwischen der Schönhauser Straße und dem Bonner Verteiler (etwa 270 Stück!!!) sollen gefällt werden!
- Fünf der großen 70 jährigen Platanen an der Schönhauser Straße sollen gefällt werden,
- an der, dem Großmarkt zugewandten, Seite des Tälchens zwischen den Marktstraßen werden ca. 25 Bäume abgeholzt, es wird zur Hälfte zur einer fünf-spurigen Straße ausgebaut,
- der REWE- Parkplatz wird zu einem Drittel verkleinert, da die Schönhauser Straße auf Höhe der Bonner Straße sech-spurig verbreitert wird,
- am Ende der Bonner Straße, (hinter dem Heidekaul) soll das Buchenwäldchen in dem sich eine Tennisplatz befindet, zu einem Drittel abgeholzt werden, d.h. 70 Bäume werden dort gefällt, damit dort ein sech-stöckiges Parkhaus mit 600 Parkplätze entstehen kann. (bei etwa 19.000 Fahrzeugbewegungen pro Tag).
- ein Denkmal geschütztes Haus aus dem Jahr 1870 an der Ecke Bonner Straße / Schönhauser Straße, die Villa Lenders wird abgerissen,
- zwei weitere Häuser an der Bonner Straße werden abgerissen,
- drei Behelfsheime für Flüchtlinge an der Marktstraße werden abgerissen,
- Alle Versorgungsleitungen (Gas, Wasser, Abwasser, Strom) müssen auf der ganzen Länge der Bonner Straße verlegt werden. Kostenpunkt: ca. 24.000 Euro pro 12 Meter für jeden Hausbesitzer.
- 230 Parkplätze an der Bonner Straße fallen dauerhaft,
- die Stadt Köln plant eine Reduzierung der Fahrspuren auf der Bonner Straße auf einspurig in beide Richtungen zwischen Schönhauser Straße und Gürtel. Das führt mit großer Sicherheit zu Verkehrsstaus auf der Bonner Straße und dieser sich stauende Auto-Verkehr wird in die benachbarten Viertel Marienburg, Bayenthal, Raderthal drängen, dort hin wo es heute noch relativ ruhig ist.
- Wegen der häufigen Querung (der dann fahrenden) Nord-Süd-Bahn (2. Ausbau-stufe ist schon fertig) vor der Südbrücke wird es zu Rückstaus auf der Rheinuferstraße kommen, die bis auf die Schönhauser Straße reichen.
- Wenn das ganze Projekt fertig ist, gibt es auf der Bonner Straße statt sieben Haltestationen wie bisher, nur noch vier.
- Zu den 1,2 Milliarden Euro, die die U-Bahn bisher dem Steuerzahler gekostet hat, (veranschlagt waren 380 Mio Euro) plus die Instandhaltungskosten der bisher nutzlosen Bahn, plus die 1,3 Milliarden Euro für den **Zusammenbruch des historischen Archivs** und.. und.. und..
- soll nun für weitere ca. 70 Mio Euro aus Steuergeldern die Bahn verlängert werden.

Kommt hinzu, dass die Stadt Köln das Projekt gar nicht bezahlen kann. Obwohl „Mischfinanzierung“ genannt, kommen 90% des Geldes vom Land NRW und vom Bund und soll theoretisch den kommunalen Haushalt nicht belasten. Aber es sind eben auch Steuergelder.

Letztens legte der Steuerzahlerbund dar, dass es oft vorkommt, dass die Vergabe von Fördermitteln (Mischfinanzierung) bei den Kommunen zur Prasserei führen.

Um in den Genuss dieser Fördermittel zu kommen, gilt es, bestimmte Fristen einzuhalten, weswegen die Stadtverwaltung aktuell großen Druck macht, den Bau möglichst bald zu beginnen.

Der offizielle Grund für dieses Bau Projekt: die Städteplaner der Stadtverwaltung wollen den Autoverkehr im Kölner Süden reduzieren. Nach dem man Jahrzehnte lang die Bahn-Schienen in Deutschland demontiert hat, will man ihr nun wieder eine Chance geben. Doch die aktuelle Planung ist die Pervertierung dieser guten Idee! Denn das Ausmaß an (ökologischer) Zerstörung steht in keinem Verhältnis zu dem angestrebten Ziel, den Auto-Verkehr zu reduzieren. Der Aufwand kann die Schäden nicht rechtfertigen.

Und jetzt, im vorläufig letzten Akt des aktuellen und fast abgeschlossenen Genehmigungs-Zirkus zur doch-noch-Realisierung der verunglückten Nord-Süd-Bahn, muss die Bezirksregierung (nicht Bezirksvertretung!!) diese vermurkste Planung noch abwägen, um sie zu genehmigen. „Planfeststellung“ nennt man das. Zweck der Planfeststellung ist es, so sagt es die Bezirksregierung „...in einem Verfahren konzentriert alle von dem Bauvorhaben betroffenen öffentlichen und privaten Belange miteinander abzuwägen...“

Diese Abwägung der Bezirksregierung ist die letzte Chance, das Projekt noch zu verhindern! Denn in Anbetracht der oben genannten Umstände und Fragwürdigkeiten stellt sich die Frage, ab wann ein Projekt, das den Anspruch hat, gemeinwohl-orientiert zu sein, undurchführbar wird? Wieviel Zerstörungen von Natur, Bäumen, Schönheit, Landschaftsbild und gewachsener und funktionierender Infrastruktur (Häuser, Straßen, Parkplätze, Bäume) sind akzeptabel für die mögliche Reduzierung von ein wenig Autoverkehr? Ab welcher Menge an

nicht mehr ausgleichbaren Zerstörungen von Landschaftsbild und Bäumen wird die Genehmigung verweigert? Müssen es 1000 Bäume sein? Ab welcher Menge an Zerstörung gewachsener und funktionierender Infrastruktur kann die Bezirksregierung diesem Projekt nicht mehr zustimmen? Ab welchem Punkt an finanziellen Mehraufwendungen, die das Projekt bisher begleitet hat und weiter begleiten werden, hört die berechnete Nützlichkeit auf? Was ist, wenn die Schäden den Nutzen nicht mehr überwiegen? Ab welcher Menge an Unwille in der Bevölkerung gegen die Planung muss das Projekt aufgegeben werden? Wann ist der Rubicon überschritten?

Diese Fragen müssen berechtigt sein! Gibt es keine Obergrenze an Zerstörungen, die das Projekt in Frage stellt?

Tatsächlich ist es so, dass die „Förderungswürdigkeit“ durch das Land und den Bund für dieses Projekt von einem sog. „Förderungsfaktor“ abhängt. Dieser soll den ökonomischen Sinn eines Bauprojekts darstellen. Doch haben die Ratsvertreter von CDU, SPD, Grüne, und FDP durch Planung und Berechnungen der Nord-Süd-Bahn gerade mal den Förderfaktor von 1,07 geschafft!!! Bei einem Faktor von weniger als 1 wäre das Projekt gar nicht mehr förderungswürdig! Was ist mit den zusätzlichen Bäumen die an der Schönhauser Straße gefällt werden sollen? Ist jetzt der Förderungsfaktor von 1 unterschritten??

Also Frau Rehm! Als die verantwortliche Juristin in der Bezirksregierung für die Abwägung in dieser Angelegenheit zuständig, wird man Sie fragen müssen, wie hoch der Preis für ein bisschen Reduzierung des Auto-Verkehr eigentlich sein darf? Bei einer ernsthaften Abwägung der Nutzen und Schäden, muss auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd Bahn und damit den Kreuzungsumbau an der Schönhauser Straße verzichtet werden! Alles andere ist das Durchdrücken einer abenteuerlichen und vermurksten Infra-Struktur-Maßnahme gegen den Willen der Bürger und gegen die Gebote des Sachverstands, zu Lasten von vielen alten Bäumen und funktionierender Infrastruktur, Anwohnern, des Steuerzahlers, des Klimas und des Stadtbildes in unserem Stadtteil. Den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ist zu sagen: Genug gemurkst! Genug geplant! Genug zerstört! Der Baustopp für die 3. Ausbaustufe der Nord – Süd- Bahn ist sofort zu verhängen! Das Projekt darf nicht genehmigt werden!
Verantwortlich: Ottmar Lattorf